

PRESSEMITTEILUNG

13. Januar 2014

Evangelische Lehrer und Erzieher sind verwundert über das bildungspolitische Vorgehen in Baden-Württemberg

Stuttgart. Im Zusammenhang einer am Wochenende verabschiedeten Stellungnahme zeigen sich evangelische Lehrerinnen und Lehrer in Baden-Württemberg verwundert über die bildungspolitische Vorgehensweise der Landesregierung. Bei bisherigen Reformen der Bildungspläne wurde die Fächerhoheit respektiert und bei den Inhalten auf die Kompetenz herausragender Fachlehrerinnen und -lehrer in den Lehrplankommissionen vertraut. Dieses Prinzip stehe gegenwärtig in Gefahr ausgehöhlt zu werden, indem maßgebliche Inhalte an den Bildungsplankommissionen und am Bildungsrat vorbei über „Leitlinien“ in die Fächer gebracht werden sollen. „Solche inhaltlichen Vorgaben von oben sehen wir Pädagogen kritisch. Der Staat hat sich zu weltanschaulicher Neutralität verpflichtet. Jetzt aber ist eine Möglichkeit geschaffen, die einer einseitigen politischen, ideologischen und weltanschaulichen Sicht Tor und Tür öffnen kann. Ein direkter Durchgriff der Kultuspolitik in die Klassenzimmer zur Durchsetzung von Partikularinteressen sei nun möglich. Dem Charme der direkten Einflussnahme auf die Meinungsbildung der Schülerinnen und Schüler könnten die gegenwärtige und jede künftige Landesregierung erliegen“, so die Pressestelle der Evangelischen Lehrer- und Erziehergemeinschaft in Württemberg.

Am Beispiel der „Akzeptanz sexueller Vielfalt“ in den Leitlinien für den Bildungsplan 2015 ist das mit Händen zu greifen. Nur drei Interessenvertretungen stehen für ein Thema Pate, das in nahezu allen Schulfächern Bedeutung bekommen soll: das Netzwerk LSBTTI, der Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte und die GEW. „Diese Gruppierungen vertreten zwar einen Ausschnitt der gesellschaftlichen Wirklichkeit, entsprechen aber nicht im Entferntesten der Breite der Gesellschaft. Eine solche einseitige Mitwirkung ist demokratisch nicht legitimiert und nicht hinnehmbar“, so die evangelischen Lehrerinnen und Lehrer in ihrer Stellungnahme. Kontroverse Sichtweisen in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft sollten nicht vereinsamt von der Kultuspolitik über den Bildungsplan in die Schulen getragen werden. Verbände, Werke und Vertreter der Lehrerschaft beklagen, dass auf ihre Fragen und Eingaben zu den Leitlinien des Bildungsplans an das Kultusministerium nicht reagiert wurde und Briefe unbeantwortet blieben.

In ihrer Stellungnahme kritisieren die evangelischen Lehrerinnen und Lehrer die Dominanz sogenannter „bunter“ Lebensentwürfe und wehrt sich gegen eine Abwertung des

„lebensstiftenden Gegenübers in der Partnerschaft von Mann und Frau“. Diese Abwertung werde auch darin erkennbar, „dass in diesem Zusammenhang von ‚Stereotypen‘ die Rede ist, die es ‚zu hinterfragen‘ gälte“. Darüber hinaus sehen die Pädagogen im Kennenlernen und Akzeptieren von sexueller Vielfalt ab 9 bis 10 Jahren entwicklungspsychologisch für überfordert, weil „die Kinder dabei notwendigerweise mit dem dazugehörigen Sexualleben konfrontiert werden, das in entscheidender Weise den Unterschied ausmacht.“

Die Evangelische Lehrer- und Erziehergemeinschaft verweist auf die gültigen Verwaltungsvorschriften zur Familien- und Geschlechtererziehung in der Schule. Dabei sei „auf die Verschiedenheit von Überzeugungen, auf das Kindeswohl und das Elternrecht Rücksicht zu nehmen“. Sie erinnert daran, „Informationen und Reflexionen von lesbischen, homosexuellen, bisexuellen, transsexuellen, transgender und intersexuellen Lebensweisen gehören zum besonders sensiblen Gebiet der Geschlechtererziehung. Daher haben die besonderen schulrechtlichen Vorgaben Beachtung zu finden.“ Nach den Richtlinien zur Familien- und Geschlechtererziehung des Kultusministeriums vom 12. Mai 2001 sind die Erziehungsberechtigten in einem Elternabend „rechtzeitig und umfassend über Ziel, Inhalt, Form und Zeitpunkt der Geschlechtererziehung im Rahmen der Familien- und Geschlechtererziehung in der Schule sowie über die hierbei verwendeten Lehr- und Lernmittel zu informieren.“ Sie sollen ihre Wünsche, Anregungen und Erfahrungen einbringen, „damit die Familien- und Geschlechtererziehung in Elternhaus und Schule so weit wie möglich abgestimmt werden kann.“ Die Pressestelle der Evangelischen Lehrer- und Erziehergemeinschaft bedauert: „Der Entwurf der Leitlinien des neuen Bildungsplans nimmt auf die Abstimmung dieses hochsensiblen Themas mit den Eltern der Schülerinnen und Schüler keine Rücksicht.“

Hintergrundinformationen:

Die 1870 gegründete Evangelische Lehrer- und Erziehergemeinschaft in Württemberg ist die wohl älteste Lehrerinnenvertretung im Land. Weil sie sich der „Gleichschaltung“ der NS-Regierung widersetzte, wurde sie 1935 verboten und nahm 1945 wieder offiziell ihre Arbeit auf. Heute kommen zu ihren Kongressen regelmäßig rund 500 Pädagogen.

Anlage:

Stellungnahme der Evangelischen Lehrer- und Erziehergemeinschaft in Württemberg e. V., Stuttgart.

Pressekontakt:

info@eleg-online.de